

Linksextremismus

INFO



BERLINER

VERFASSUNGSSCHUTZ

Linksextremismus

INFO



BERLINER

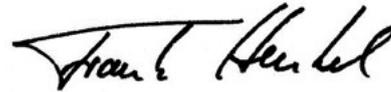
VERFASSUNGSSCHUTZ

Vorwort

Aus den Erfahrungen, die im letzten Jahrhundert von einer ersten parlamentarischen Demokratie direkt in eine verbrecherische Diktatur und von dort aus – für einen Teil des deutschen Volkes – in ein weiteres totalitäres Regime führten, hat der Verfassungsgeber Lehren gezogen. In einer wehrhaften Demokratie sollen politische Entscheidungsträger ebenso wie die Bevölkerung frühzeitig darüber informiert sein, wer die politischen Gegner dieser Ordnung sind und welche Ziele sie anstreben. Das von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes dafür vorgesehene Instrument ist der Verfassungsschutz. Zu seinen Aufgaben gehört auch die Beobachtung des Linksextremismus.

Linksextremisten treten vordergründig meist im Gewand gesellschaftlicher Fragestellungen und sozialer Problemlagen auf. In solchen Zusammenhängen suchen und finden sie nicht selten Anschluss an subkulturell verwandte und ideologisch nahestehende Milieus aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Doch das Ziel von Linksextremisten ist es nicht, einzelne Missstände zu kritisieren, sondern die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen – teilweise auch mit Gewalt. Die Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es dabei, zwischen legitimem zivilgesellschaftlichen Protest und dem Ziel, das politische System zu verändern, präzise zu differenzieren.

Mit der vorliegenden Broschüre will der Verfassungsschutz erläutern, auf welcher Basis er diese Unterscheidung vornimmt und zugleich über die Gefahren des Linksextremismus aufklären. Anders als im jährlichen Verfassungsschutzbericht wird dabei nicht allein die Lage in der Hauptstadt im Mittelpunkt stehen, sondern das Phänomen soll von seinen Grundlagen her erläutert werden. Dazu dienen Rückgriffe auf die ideologischen Wurzeln im aufgeklärten Europa und die spezifisch deutschen Entwicklungen ebenso wie Ausblicke unter Berücksichtigung der aktuellen Potenziale von Linksextremisten in Berlin.



Frank Henkel
Senator für Inneres und Sport

Inhaltsverzeichnis

1	Begriff	8	4	Aktuelle Situation	41
2	Ursprünge	11	4.1	Aktionspotenziale	42
2.1	Theorie	12	4.1.1	Wählerpotenzial	43
2.1.1	Kommunismus	14	4.1.2	Personenpotenzial	44
2.1.2	Anarchismus	15	4.1.3	Mobilisierungspotenzial	46
2.2	Praxis	16	4.1.4	Gewaltpotenzial	47
2.2.1	Leninismus	18	4.2	Aktionsspektren	48
2.2.2	Stalinismus	19	4.2.1	Anti-Kapitalismus	50
2.2.3	Trotzkismus	21	4.2.2	Anti-Militarismus	51
2.2.4	Maoismus	22	4.2.3	Anti-Faschismus	53
3	Entwicklungen	24	4.2.4	Anti-Repression	54
3.1	Kommunistische Parteien	25	4.2.5	Anti-Gentrifizierung	55
3.2	Linksterroristen	28	4.2.6	Anti-Rassismus	57
3.3	Autonome	32	5	Fazit	59
3.3.1	Häuser- bzw. „Anarcho“-Szene	35		Bildernachweis	62
3.3.2	„Antifa“-Szene	36		Publikationsübersicht	64
3.3.3	Postautonome	38			
3.3.4	Unterstützendes Umfeld	39			

1 Begriff

Linksextremismus ist ein Sammelbegriff für alle gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Bestrebungen, die auf einer Verabsolutierung der aufklärerischen Werte von Freiheit und Gleichheit beruhen, wie sie sich insbesondere in den Ideen von Kommunismus und Anarchismus ausdrücken. Neben der Abschaffung der marktwirtschaftlichen Eigentumsordnung, die allein keinen Anhaltspunkt für verfassungsfeindliche Bestrebungen begründet, streben Linksextremisten auch die Beseitigung der repräsentativen Demokratie an. Dieses, meist auf den Begriff des Kapitalismus reduzierte „System“ soll entweder durch die Herrschaft einer zentralistischen Partei, durch dezentrale Selbstverwaltungen oder gar die Eliminierung jeglicher Regierungsstrukturen ersetzt werden.

Einige Verfechter solcher Ideen gründen Parteien und Organisationen, um bei Wahlen anzutreten oder für ihre Ziele öffentlich zu werben. Andere versuchen, zivilgesellschaftliche Initiativen zu unterwandern, um diese in ihrem Sinne zu beeinflussen. Organisations- und theorieferne „Autonome“ setzen eher auf demonstrative bis militante Ausdrucksformen, um damit Signalwirkung zu erzielen – und missachten dabei bewusst das staatliche Gewaltmonopol. Gemeinsam ist ihnen die Neigung, soziale Problemlagen politisch zu instrumentalisieren und vor-dergründig im Gewand von Gesellschaftskritik zu verschleiern.

Der Verfassungsschutz Berlin definiert Linksextremismus in dieser Weise auf gesetzlicher Grundlage.¹ Wie im Rahmen dieser Broschüre noch gezeigt wird, hat er dafür auch gute Gründe. Viele schwere Gewalttaten in jüngster Zeit gehen auf das Konto von Linksextremisten. Bei einigen ist es nur glücklichen Umständen zu verdanken, dass kein Mensch ums Leben kam. Für manche bleibt der Begriff dennoch umstritten. Entweder weil sie ihn aus der Perspektive einer mehr oder weniger wissenschaftlichen Debatte zum Extremismusbegriff betrachten oder weil – einem emotionalen Impuls folgend – vermeintlich „linke“ Anliegen für sie gar nicht „extrem“ sein können. Sie sehen das politische Streben, Herrschaft und Gewalt von Menschen über Menschen oder Ungleichheiten in Rang, Ansehen und Besitz zu beseitigen, als immerwährende Notwendigkeit auf dem Weg zu einer idealen Gesellschaft an.

Zweifellos gehören die Benennung sozialer oder politischer Missstände und der Protest dagegen zum Wesen einer offenen Gesellschaft. Finanzkrisen, wohnräumliche Verdrängungsprozesse und Fremdenfeindlichkeit sind keine Erfindungen politischer Demagogen, sondern reale Problemlagen. Sich dagegen zu engagieren macht niemanden zu einem Linksextremisten. Die Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es jedoch, deutlich darauf hinzuweisen, dass Organisationen und Gruppierungen existieren, die sich genau diese fehlende und wohl auch unerreichbare Perfektion unserer politischen und wirtschaftlichen Ordnung zu Nutze machen, um Anhänger für ihre antidemokratischen Ziele zu gewinnen. Sie propagieren das utopische Szenario des Aufbaus einer vollkommenen, sozial gerechten und herrschaftsfreien Gesellschaft und berufen sich dabei auf kommunistische oder anarchistische Ideen. Doch trotz deren emanzipatorischen Ursprungs enden Versuche ihrer Umsetzung aller historischen Erfahrung nach in totalitären Regimes, die sich schließlich als Gegenteil von dem offenbaren, was sie anfangs versprochen.

1 § 6 VSG Bln.

Ihre Anhänger irritiert das nicht. Sie halten sich auch nicht für „extremistisch“, sondern für „radikal“, weil sie nach ihrer Auffassung die Probleme konsequent von den Wurzeln her angehen – und diese verorten sie nicht zuletzt in der Mitte der Gesellschaft. Sie verstehen sich als eine gesellschaftliche Avantgarde, die besser als die Mehrheit – die ihrerseits nicht über das richtige Bewusstsein verfüge – erkenne, wo die tiefste Ursache allen menschlichen Übels liege. Und die sich daher auch über den Willen der Mehrheit und über demokratisch getroffene Entscheidungen hinwegsetzen könne.

Nach außen negieren sie mal mehr und mal weniger offen den Kern unseres Grundgesetzes, den das Bundesverfassungsgericht in den Urteilen zum Verbot gegen die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) 1952 und die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) 1956 beschrieben hat:

„Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt.“²

Dazu gehören im Einzelnen und jeweils unverzichtbar die Achtung der Menschenrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip, Chancengleichheit für alle politischen Parteien und das Recht auf Opposition. Und daher werden vermeintlich „radikale“ Vorkämpfer für Werte der Freiheit und Gleichheit von Verfassungsschutzbehörden rein normativ als „linksextremistisch“ definiert, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht ergeben, dass sie eben diese Ordnung überwinden wollen.

² BVerfGE 2, 1, 12.

2 Ursprünge

Der Begriff Linksextremismus ist auch deshalb umstritten, weil er als Antagonist zum Begriff Rechtsextremismus suggeriert, sozusagen nur die andere Seite einer Medaille zu sein. Das ist falsch, denn der Linksextremismus hat seine eigene Geschichte und nur aus dieser heraus kann er verstanden werden. Anders als der Rechtsextremismus oder auch der politische Salafismus, die auf eine jeweils spezifische Weise für eine Art „Gegen-Aufklärung“ stehen, liegen die Wurzeln des Linksextremismus in einem verabsolutierenden Verständnis der in der Aufklärung formulierten Forderungen nach Freiheit und Gleichheit. Für manche sind seine Vertreter schlicht „radikale Erben“ dieser epochalen Zeitenwende.³

Der historische Ursprung wird schon an der Herkunft der politischen Richtungsangabe „links“ deutlich, die an der Sitzordnung der französischen Nationalversammlung im Revolutionsjahr 1789 anlehnt: Zur rechten Seite des Parlamentspräsidenten („la droite“) versammelten sich die Verteidiger der alten ständischen Ordnung mit Adel und Klerus an ihrer Spitze. Zu seiner linken („la gauche“) platzierten sich die Vertreter des Dritten Standes und Verfechter freier und gleicher Bürgerrechte. Ihr revolutionärer Ruf nach „liberté, égalité, fraternité“ brach der Demokratie in Europa die Bahn.

³ Moreau, Patrick /Lang, Jürgen 1996: Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr. Bonn, Bouvier, S. 19.



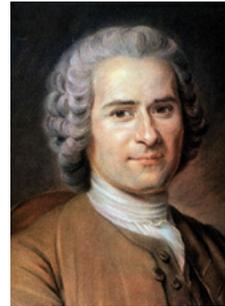
Innerhalb dieser Lager bildeten sich wiederum besonders radikale Flügel. Aus den Reihen der radikalen Linken kamen die Jakobiner mit Maximilien de Robespierre (1758-1794) an der Spitze. Mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet begründeten sie den blutigen „Grande Terreur“ der Jahre 1793 und 1794, während dessen die Revolution sprichwörtlich „ihre Kinder fraß“. Diese Phase spiegelt im Zeitraffer die totalitären Gefahren wider, die darin liegen, dass eine kleine Gruppe oder letztlich ein einzelner sich anmaßt, das Gemeinwohl bzw. den Gemeinwillen zu repräsentieren – und eben auch zeigen, wie nahe beieinander humanistische Ideale und despotische Praktiken liegen können.

2.1 Theorie

Dass einige Menschen qua Geburt über andere herrschen und in Rang, Ansehen und Besitz besser gestellt sind, wurde bis in die feudalistische Ständegesellschaft hinein als „natürlich“ und „gottgewollt“ angesehen. Die Privilegien von Adel und Klerus blieben weitgehend unhinterfragt. Erst mit der Aufklärung und der Idee neuzeitlicher Philosophen einer im Naturzustand gegebenen Freiheit und Gleichheit aller Menschen wurde diese Ordnung in Frage gestellt. Sie führte schließlich zu revolutionären sozialen und politischen Umwälzungen.

Allerdings differieren die daraus resultierenden Vorstellungen von einer aufgeklärten Gesellschaft. Grob vereinfacht lassen sich eine liberale und eine sozialistische Variante an der jeweiligen Haltung zum Privateigentum unterscheiden. Während die amerikanische Menschenrechtserklärung von 1776 das Recht auf persönlichen Besitz ausdrücklich erwähnt und ma-

terielle Ungleichheiten als Ergebnis individueller Leistung legitimiert, dürfen nach Artikel 1 der französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 soziale Unterschiede nur im Wohl der Gemeinschaft begründet sein.



Einer der Vordenker der französischen Revolution war Jean-Jacques Rousseau (1712-1776). Er sah den „glücklichen Naturzustand“ der Freiheit und Gleichheit durch das Privateigentum aufgehoben. Lange vor Marx und Engels insistierte er, dass neben den politischen auch die ökonomischen Bedingungen der Ungleichheit überwunden werden müssten.

„Der erste, der ein Stück Land eingezäunt hatte und auf den Gedanken kam zu sagen ‚Dies ist mein‘ und der Leute fand, die einfältig genug waren, ihm zu glauben, war der wahre Gründer der zivilen Gesellschaft.“⁴

4 Rousseau, Jean-Jacques, 1998 (im Original von 1754): Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen. Stuttgart, Reclam, S. 74.

2.1.1 Kommunismus

Mit dem Übergang von der feudalistischen Agrar- in die kapitalistische Industriegesellschaft wuchs die Bedeutung ökonomischer Faktoren für die sozialen und politischen Verhältnisse. Die elende Lage der Arbeiter in England war für Karl Marx (1818-1883) und Friedrich Engels (1820-1895) Anstoß, diesen Prozess und seine Auswirkungen zum Gegenstand ihrer Studien zu machen, die u.a. im „Kommunistischen Manifest“ (1848) und in „Das Kapital“ (1867) weit beachteten Ausdruck fanden.



Nach ihrem Verständnis sind die politischen Herrschaftsverhältnisse einer Gesellschaft nur ein nachrangiger „Überbau“, der sich kausal aus der „Basis“, den Eigentumsverhältnissen, erkläre. So bestünde zwischen den Besitzern und Nicht-Besitzern industrieller Produktionsmittel ein Ausbeutungsverhältnis, weil letztere gezwungen seien, ihre Arbeitskraft unter Wert an die Kapitaleigner zu verkaufen. Die „Bourgeoisie“ bereichere sich, das „Proletariat“ verelende. Der Widerspruch zwischen den Interessen von Kapital und Arbeit entspräche dem geschichtlichen Gesetz („Historischer Materialismus“) eines immer wiederkehrenden Klassenkampfes zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, der jeweils in einer revolutionären Umwälzung der bestehenden Verhältnisse ende. In Bewusstwerdung seiner Rolle würde das Proletariat in den Klassenkampf mit der Bourgeoisie treten und nach seinem Sieg die Produktionsmittel „vergesellschaften“. Dadurch dass die Basis, das kapitalistische Wirtschaftssystem, durch ein sozialistisches ersetzt würde, werde sich der politische Überbau der Gesell-

schaft ebenfalls umwälzen und staatliche Strukturen im Rahmen des Wandels zum Kommunismus schließlich ganz absterben – quasi eine Rückkehr in den „glücklichen Naturzustand“.

Der Weg dorthin wird jedoch nur sehr vage beschrieben – sicherlich eine der Ursachen für die sehr unterschiedlichen Auslegungen und Strömungen des Marxismus. Mindestens in der Übergangsphase vom Kapitalismus zum Sozialismus ist der Staat jedoch auch für Marx ein autoritäres und repressives Instrument der „Diktatur des Proletariats“, das einerseits der Erlangung von Freiheit dienlich, andererseits zur Niederhaltung der politischen Gegner nützlich sei.

2.1.2 Anarchismus

Insbesondere wegen der Rolle des Staates waren die Marxschen Ideen der Kritik anderer zeitgenössischer Sozialrevolutionäre ausgesetzt. Der russische Anarchist Michael Alexandrowitsch Bakunin (1814-1876) hielt ihm den Widerspruch freiheitlicher Werte der Aufklärung zur despotischen „Diktatur des Proletariats“ vor und warnte vor zentralistischen und autoritären Tendenzen des Kommunismus. Für den in verschiedenen revolutionären Bewegungen aktiven Bakunin stand die Abschaffung des Staates am Anfang und nicht am Ende der Revolution.



Für Anarchisten ist Freiheit – und nicht Gleichheit – das zentrale Erbe der Aufklärung. Im Unterschied zum Liberalismus lehnen sie aber auch den Kapitalismus als Herrschaft der Besitzenden über die Nicht-Besitzenden ab. Anarchisten verfügen über

kein ähnlich stringentes Theoriegebäude wie Kommunisten. Es gibt auch keinen führenden Ideologen, sondern eine ganze Reihe teils sehr unterschiedlicher bis widersprüchlicher Auslegungen.⁵ Im gemeinsamen Kern zielt die anarchistische Idee zumeist auf eine Gesellschaft ohne Herrschaft und Eigentum. Regierungen, parlamentarische Vertretungen und gesetzliche Regelungen sind für sie nur Methoden der Unterdrückung individueller Freiheit. Aus dem Fehlen staatlicher Strukturen folgt für Anarchisten dennoch kein Zustand von Chaos. Ordnung sei im politischen ebenso wie im ökonomischen Raum auch ohne Hierarchien und Autoritäten möglich. Stattdessen sollen sich Individuen dezentral selbst verwalten, d.h. im freien Übereinkommen weitgehend autarke Entscheidungen für überschaubare gemeinsame Lebensbereiche treffen.

Umstritten ist unter Anarchisten die Frage der Gewaltanwendung zur Auflösung des Staates. Dabei existiert eine Bandbreite von pazifistischen Strömungen bis hin zu Befürwortern von Terroranschlägen. Ihre Aktivitäten umfassen gewerkschaftliches Engagement, „direkte Aktionen“ in Form von Streiks, Besetzungen und Sabotagen und die „Propaganda der Tat“, die insbesondere durch Attentate auf führende Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft die Bevölkerung aufwiegeln und zur Nachahmung anstiften soll.

2.2 Praxis

Im Zeitraum der Wende vom 19. ins 20. Jahrhundert haben Anarchisten eine ganze Reihe von Attentaten auf Staatsoberhäupter in Europa und Amerika begangen. Darunter waren versuchte Mordanschläge auf Könige und Premierminister sowie den deutschen Kaiser Wilhelm I. (1883), aber auch vollendete Morde am französischen und US-amerikanischen Präsidenten sowie der österreichischen Kaiserin Elisabeth (genannt „Sissi“) 1898. Die revolutionären Wirkungen im Sinne eines „Aufstands



der Massen“ blieben jedoch aus. Der Anarchismus hat weder praktisch noch theoretisch ein nachhaltiges Erbe hinterlassen. Bis in die Gegenwart fließen anarchistische Vorstellungen von Autonomie und Militanz jedoch mindestens fragmentarisch in die undogmatischen Ansätze „neuer“ Linksextremisten ein: den so genannten „Autonomen“.

Ebenso wie der Anarchismus heute mit Chaos und Gewalt assoziiert wird, sind die Vorstellungen vom Kommunismus eng mit Diktatur und Despoten verbunden. Die Theorien von Marx und Engels wurden und werden von kommunistischen Parteien und Organisationen sowohl als wissenschaftliches Gesetz wie auch als Anleitung zum politischen Handeln verstanden und damit zum Dogma. Viele Fragen der konkreten Ausgestaltung blieben jedoch offen. Die Staaten des „real existierenden Sozialismus“ gründeten ihre Herrschaftsdoktrinen auf spezifische Interpretationen. Despoten wie Lenin, Stalin oder Mao nahmen für sich in Anspruch, die marxistische Theorie für die besonderen Bedingungen ihrer Länder weiterentwickelt zu haben und rechtfertigten damit sogar Massenmorde.

Auch sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften berufen sich auf Marx und Engels. Im Gegensatz zu kommunistischen Parteien verstehen sie deren Lehren jedoch nicht als dogmatische Wissenschaft und lehnen sich vor allem an der kritischen Kapitalismusanalyse an. Sie sind einen reformorientierten und keinen revolutionären Weg gegangen und gehören zu den tragenden Säulen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland.

⁵ Als einer der einflussreichsten Theoretiker gilt Petr Alekseevic Kropotkin, der Begründer des sog. „kommunistischen Anarchismus“. Wichtige theoretische Beiträge leisteten darüber hinaus Gustav Landauer, Erich Mühsam sowie Pierre-Joseph Proudhon.

2.2.1 Leninismus

Schon bald widersprachen die historischen Fakten dem vermeintlich wissenschaftlichen Gesetz von Marx und Engels, denn aus dem (elenden) „Sein“ der Industriearbeiterschaft entwickelte sich kein revolutionäres „Bewusstsein“. Auch im agrarisch und zaristisch geprägten Russland des 19. Jahrhunderts verfielen zunächst eher anarchistische Ideen, jedoch ohne den entscheidenden Funken zu zünden. Ein älterer Bruder des Wladimir Iljitsch Uljanow (1870-1924) wurde wegen eines geplanten Attentats auf den Zaren 1887 hingerichtet. Er selbst setzte sich – mit Hilfe des Deutschen Reiches aus dem Schweizer Exil zurückgekehrt – unter dem Namen Lenin an die Spitze der russischen Oktoberrevolution von 1917.



Nach Lenin ist die Arbeiterschaft nicht aus sich selbst heraus in der Lage, ein revolutionäres Klassenbewusstsein zu entwickeln, sondern müsse von einer Avantgarde aus „Berufsrevolutionären“ geführt werden – der kommunistischen Partei „neuen Typs“, wie sie ab 1947 genannt wurde. Organisiert nach einem vermeintlich „demokratischen Zentralismus“ war die „Kommunistische Partei der Sowjetunion“ (KPdSU) durchaus zentralistisch – Entscheidungen fanden in immer kleineren Gremien statt, erst im Zentralkomitee, dann im Politbüro und schließlich allein durch den Generalsekretär – aber mitnichten demokratisch. Die Parteibasis war an die Linie der Parteiführung gebunden. Abweichungen von dieser Linie wurden innerwie außerparteilich sanktioniert. Am Ende stand die Diktatur über das Proletariat.

Neben der strategischen Komponente fügte Lenin den Ideen von Marx und Engels die Theorie des Imperialismus als letzter Entwicklungsstufe des Kapitalismus hinzu. Das zum nationalen Monopolkapitalismus verflochtene Industrie- und Finanzkapital teile die Welt auf der Suche nach neuen Rohstoffquellen und Absatzmärkten in Kolonialkriegen untereinander auf. Der Imperialismus verschmelze die Arbeiterschaft der Welt zum Widerstand; die russische Revolution sei Prolog einer Weltrevolution. Alle orthodox kommunistischen Parteien Europas berufen sich heute auf die Ideologie des Marxismus-Leninismus – ein Begriff, den übrigens erst Stalin prägte – z.B. auch die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP).

2.2.2 Stalinismus

Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili (1879-1953) – genannt Stalin – übernahm nach dem frühen Tod Lenins die Führung der Kommunistischen Partei und behielt sie bis an sein Lebensende. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger stammte er aus den unteren sozialen Schichten. Obwohl er ursprünglich nicht zum engeren Führungszirkel der KPdSU gehörte, gelang es ihm, sich durch intrigante Nutzung seiner Kontakte als Parteisekretär gegen innerparteiliche Konkurrenten durchzusetzen. Die Zeit seiner Führung von 1924 bis 1953 ist weniger durch eine Weiterentwicklung der marxistischen Ideen geprägt denn durch Staatsterrorismus.



Die Grundlagen von Stalins Herrschaft mit Geheimpolizei (NKWD) und Internierungslagern („GULag“) zur gewaltsamen Ausschaltung jeglicher Opposition wurden schon unter Lenin gelegt. Dem „verschärften Klassenkampf“ fielen aber auch „ideologisch schwankende Elemente“ aus der eigenen Partei zum Opfer und vermeintliche westliche Kollaborateure, zu denen ganze Volksgruppen gerechnet wurden. Seine innerparteiliche Macht sicherte ihm nicht zuletzt der Aufbau eines privilegierten Funktionärsapparates, der in eine gigantische Aufblähung der Bürokratie mündete. Er stilisierte sich selbst zur alleinigen Führungsfigur und umgab sich mit einem quasi religiösen Personenkult. Anders als Lenin, der eine „Weltrevolution“ anstrebte, vertrat Stalin die „Theorie des Sozialismus in einem Land“. Dazu trieb er die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Industrialisierung in der Sowjetunion voran, womit er sich letztlich durch militärische Macht auch nach außen absicherte.

Mit dem Begriff des Stalinismus untrennbar verbunden bleibt die Tötung von Millionen vermeintlicher und tatsächlicher politischer Gegner, was ihn auch unter Linksextremisten bis heute umstritten macht. Entsprechende Auseinandersetzungen innerhalb der Szene sind jährlich beim Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Mitte Januar in Berlin zu beobachten. In Abgrenzung vom Richtungswechsel der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) nach der „Wende“ gründeten ehemalige SED-Funktionäre 1990 die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) neu und beriefen sich dabei auch auf das Erbe von Stalin.

2.2.3 Trotzismus

Leo Dawidowitsch Bronstein (1879-1940) – besser bekannt als Trotzki – war eigentlich der „natürliche“ Erbe Lenins. Trotz ideologischer Differenzen wirkte er von der Oktoberrevolution bis zu dessen Tod in führenden Funktionen an der Umsetzung der kommunistischen Idee in Russland mit. Dabei trug er auch zur repressiven Praxis bei. Im Kampf um die Nachfolge unterlag er jedoch dem machtbewussteren Stalin, mit dem sich bald noch weitaus fundamentalere Differenzen einstellten. 1927 wurde Trotzki aus der Partei ausgeschlossen, 1929 aus der Sowjetunion verbannt. 1940 ließ Stalin ihn schließlich im mexikanischen Exil ermorden.



Trotzki wich unter anderem durch seine Vorstellungen in Hinblick auf die Rolle der kommunistischen Partei von Lenin ab. Nach seiner Auffassung sollte sie die breite Bevölkerung organisieren und an die Revolution binden, jedoch kein zentralistisches Entscheidungsgremium sein. Er strebte stattdessen ein dezentrales Rätssystem an. Aus dem Exil kritisierte er schließlich eine „bürokratische Entartung“ des stalinistischen Parteiapparates und den „Sozialismus in einem Land“. Seine „Theorie der permanenten Revolution“ setzt dagegen auf eine weltweite Expansion der kommunistischen Idee. In diesem Sinne wurde 1938 in Paris die so genannte „IV. Internationale“ gegründet – in offener Opposition zur 1919 von Lenin ins Leben gerufenen „III. Internationale“ oder auch „Kommunistischen Internationale“ (Komintern). Doch anders als erwartet

gelang es nicht, dem Stalinismus etwas entgegenzusetzen, den Faschismus zurückzudrängen oder die chinesische Revolution zu beeinflussen.

Die Anhänger Trotzki und seiner anti-zentralistischen Ideen sind heute in zahlreiche Strömungen zersplittert. Einige haben sogar eine „V. Internationale“ gegründet. Ihr vielleicht größter gemeinsamer Nenner ist die Ablehnung bürokratischer Organisationsformen. Stattdessen versuchen sie mit der Strategie des „Entrismus“ ideologisch als nahe stehend wahrgenommene Parteien zu „unterwandern“ und im Sinne ihrer Vorstellungen zu beeinflussen. Die bekanntesten zeitgenössischen Vertreter dieser Strategie sind „marx21“ und die „Sozialistische Alternative Voran“ (SAV).

2.2.4 Maoismus

Marxistische Ideen verbreiteten sich nicht nur in Europa. Auch in China entstand eine kommunistische Partei, in der sich Mao Zedong (1893-1976) seit den 1920er Jahren vor allem militärisch engagierte. Von 1943 bis zu seinem Tod war er schließlich ihr Vorsitzender. In einem jahrzehntelangen Guerillakrieg setzte er sich gegen inländische Widersacher sowie japanische Besetzer durch und proklamierte 1949 die noch heute bestehende Volksrepublik China. Mao war mehr Stratege als Ideologe, dennoch fand die so genannte „Mao-Bibel“ – eine Sammlung von Mao-Zitaten – weltweit Verbreitung. Für ihn war die Armee die höchste Form der Organisation und Krieg die höchste Form des Kampfes. Politische Macht komme vor allem aus Gewehrläufen.

Maos theoretische Vorstellungen wichen von der sowjetischen Linie ab, der er ebenso wie Trotzki bürokratische Entartung und die Aufgabe des Ziels der Weltrevolution vorwarf. Er passte das marxistisch-leninistische Modell an chinesische Verhältnisse und fernöstliche Mentalitäten an. Nicht die Arbeiterschaft der Industrieländer, sondern die verarmte Landbevölkerung



der Dritten Welt sei Ausgangspunkt der kommunistischen Weltrevolution. Maos praktische Methoden wiederum hatten große Ähnlichkeiten mit denen Stalins. Permanente Kampagnen sollten ein revolutionäres Bewusstsein erzeugen. Periodisch kam es zu Säuberungen von vermeintlich feudalistischen bzw. bourgeoisen Strukturen. Im „Großen Sprung nach vorn“ in den 1950er Jahren formte er China brachial vom Agrar- zum Industriestaat um, was Millionen Menschen mangels Nahrungsgütern den Hungertod brachte. Die „Große proletarische Kulturrevolution“ ab 1966 setzte gar auf eine Umerziehung der Massen zum Kommunismus.

In Deutschland übte der Maoismus Einfluss auf die Ende der 1960er Jahre entstehenden so genannten „K-Gruppen“ aus. Noch heute sieht sich die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) in dieser Tradition. In ihrem Parteiprogramm beruft sie sich ausdrücklich auch auf Stalin und Mao.

3 Entwicklungen

Mit Marx und Engels kamen zwei der wichtigsten Visionäre kommunistischer Ideen aus Deutschland; während der nachfolgenden Versuche ihrer Umsetzung lagen jedoch andere Teile der Welt im Zentrum des Geschehens. Die DDR war lediglich ein Satellitenstaat des sowjetischen Machtimperiums. Mehr als 20 Jahre danach verblasst die Erinnerung daran, was der „real existierende Sozialismus“ in der Praxis bedeutete.

Es wäre jedoch mehr als verkürzend, das Erbe des hiesigen Linksextremismus auf Entwicklungen in einem Teil Deutschlands zurückzuführen. Seine heutige Gestalt wurde nicht zuletzt geprägt von Auseinandersetzungen mit denjenigen Teilen der politischen Linken, die einen demokratischen Weg gegangen sind. Aus der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts entstand die Sozialdemokratische Partei, von der sich nach dem Ersten Weltkrieg wiederum kommunistische Parteien abspalteten, die marxistische Gesellschaftstheorien zu dogmatischen Handlungsanweisungen für eine revolutionäre Praxis verklärten. Aus der Studentenbewegung in der noch jungen Bundesrepublik entwickelten sich außerparlamentarische Teilhabeformen am demokratischen Prozess, aber auch ein Linksterrorismus, der einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel im Verhältnis zum Staat mit Gewalt erzwingen wollte. „Neue Soziale Bewegungen“ (NSB) trugen gesellschaftskritischen Protest schließlich friedlich auf die Straße. Ein Teil dieser Bewegung will jedoch auf militanten Widerstand nicht verzichten und lebt in betonter Anti-Haltung einen anarchistisch inspirierten Gegenentwurf zu den „herrschenden Verhältnissen“.

Ausgangs des 20. und anfangs des 21. Jahrhunderts prägen so genannte „Autonome“ das öffentliche Bild vom Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland.

Die gemeinsamen Traditionen verleihen Linksextremisten zumindest in Teilen der Öffentlichkeit noch heute einen legitimierenden Anstrich. Der Grat zwischen legitimem gesellschaftlichen Protest und dem militanten Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ist an einigen Stellen sehr schmal. Der Verfassungsschutz Berlin ist sich seiner Verantwortung bewusst, bei der Beobachtung verfassungsfeindlicher Bestrebungen extremistische und nicht-extremistische Akteure sehr präzise auseinander zu halten.

3.1 Kommunistische Parteien

In den sich spät, aber schnell industrialisierenden deutschen Staaten begannen Arbeiter Mitte des 19. Jahrhunderts, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren. Dabei beriefen sie sich auch auf Ideen von Marx und Engels. Schon bald bildeten sich ideologisch unterschiedlich geprägte Lager, aus denen sich einerseits reformorientierte, einen demokratischen Sozialismus anstrebende Akteure, andererseits revolutionäre Kommunisten herausbildeten. Die Vereinigung beider Flügel in der „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (SPD) im Jahre 1875 hielt nur bis zum Ersten Weltkrieg.



Die Befürwortung des Kriegseintritts durch Mehrheiten in SPD und Gewerkschaften führte zu Abspaltungen revolutionärer Kräfte, die 1918 schließlich unter geistiger Führung von Rosa Luxemburg (1871-1919) und Karl Liebknecht (1871-1919) die

„Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) gründeten. Die KPD geriet bald in den Sog der sich nach der russischen Oktoberrevolution rasch verbreitenden Lehren Lenins – und später auch Stalins – und wurde Teil der „Kommunistischen Internationale“ (Komintern). Damit war die Spaltung der Arbeiterbewegung in eine sozialdemokratische und eine kommunistische Strömung besiegelt.

Die KPD kämpfte in der Weimarer Republik ebenso gegen die erste Demokratie auf deutschem Boden wie auch gegen den aufkommenden Nationalsozialismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie 1946 in der sowjetischen Besatzungszone mit der SPD zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) zwangsvereinigt und damit die Sozialdemokratie in Ostdeutschland vorübergehend ausgelöscht. In Westdeutschland dagegen wurde die SPD zur Volkspartei und die KPD 1956 verboten. 1949 mit knapp über fünf Prozent der Stimmen auf demokratischem Wege in den ersten Bundestag eingezogen, rief sie zu einem „unversöhnlichen und revolutionären Kampf“ gegen das „Adenauer-Regime“ auf. Das Bundesverfassungsgericht sah sie als „marxistisch-leninistische Kampfpartei“ an, die somit die Prinzipien und Institutionen ablehne, „deren Geltung und Bestehen Voraussetzung für das Funktionieren einer freiheitlichen demokratischen Ordnung ist“



Das war aber nicht das Ende des Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. KPD-Mitglieder führten ihre politischen Aktivitäten in der Illegalität fort. 1968 schließlich – im Rahmen eines tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Wandels – konnten ehemalige Führungskader mit der Neugründung der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) wieder legal tätig

werden.⁶ Die Partei wurde von der SED in erheblichem Maße unterstützt, aber auch beeinflusst. Mit dem Zusammenbruch der DDR endete die millionenschwere Hilfe. Auf ihrem Höhepunkt in den 1970er und 1980er Jahren hatte die DKP über 40 000 Mitglieder, inzwischen ist sie auf weniger als ein Zehntel geschrumpft und zudem überaltert. Trotz interner Richtungskämpfe ist sie bei ihrem orthodox marxistisch-leninistischen Kurs geblieben.



Die 1982 gegründete „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) sieht dagegen selbst den „real existierenden Sozialismus“ der DDR als „konterrevolutionär“ an. In ihrem Programm beruft sie sich neben Marx und Engels ausdrücklich auch auf Stalin und Mao. Sie ist aus den so genannten „K-Gruppen“ hervorgegangen. Zu ihren knapp 2 000 Mitgliedern gehören ganze Familienverbände, Privatvermögen werden nicht selten der Partei gespendet oder vererbt. Daher verfügt sie trotz weniger Wählerstimmen über nicht unerhebliche finanzielle Mittel. Im linksextremistischen Spektrum ist sie jedoch weitgehend isoliert.

Kommunistische Parteien in Deutschland prägt heute vor allem die ideologische Konkurrenz um die „richtige“ Auslegung der marxistisch-leninistischen Lehre. Als Wahlparteien sind sie weitgehend bedeutungslos. Wenn sie überhaupt antreten, erhalten sie Stimmenanteile im Promillebereich oder werden mangels Unterstützerunterschriften gar nicht erst zugelassen. Sie engagieren sich daher vor allem außerparlamentarisch.

⁶ In Berlin entstand statt der DKP die „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW), die ebenso wie die DKP massiv durch die DDR unterstützt wurde. Erst 1991 gründete sich eine DKP-Ortsgruppe Berlin.

Durch Initiierung von Kampagnen und Beteiligung an Bündnissen versuchen sie Einfluss auf soziale Protestbewegungen zu nehmen, spielen aber auch hier nur eine Nebenrolle.

3.2 Linksterroristen

Jenseits der dogmatischen kommunistischen Parteien entstand in der Bundesrepublik Mitte der 1960er Jahre eine neue, zum Teil undogmatische Linke. Die Bildung der großen Koalition aus Sozial- und Christdemokraten 1966 rief unter Studenten und Intellektuellen Befürchtungen vor einem neuen Totalitarismus hervor. Das vermeintliche Fehlen einer parlamentarischen Opposition begründete das Entstehen einer „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO). Sie offenbarte einen schwelenden Generationenkonflikt, dem Themen wie die mangelnde Aufarbeitung des Nationalsozialismus, der Vietnamkrieg und die Notstandsgesetze ein Ventil gaben. In der Kritik standen Akteure aus Staat und Wirtschaft, aber nicht die freiheitliche demokratische Grundordnung an sich.



Der Tod Benno Ohnesorgs, der im Rahmen einer Demonstration gegen den Besuch des Schah von Persien am 2. Juni 1967 in Berlin von einem Polizisten – wie man heute weiß einem Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit – erschossen wurde, bedeutete einen Wendepunkt. Auch das Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke (1940-1979) ein Jahr später – begangen von einem Einzeltäter mit Kontakten in die rechte Szene – führte zu einer weiteren Radikalisierung. Teile der Bewegung wollten „sich nicht länger verprügeln lassen“. Bei der so genannten „Schlacht am Tegeler Weg“ am 4. November 1968 gingen Demonstranten mit Pflastersteinen gegen die Polizei vor und ver-

letzten mehr als 100 Beamte. Doch schon bald wurde klar, dass gerade die im marxistischen Sinne umworbene Arbeiterschaft dem Aufstand gegenüber distanziert blieb. Eine Entwicklung zur Massenbewegung blieb auf diesem Wege aus. Die APO zerfiel in Splittergruppen.

Auf der Suche nach einer politischen Heimat waren für viele weder das als autoritär empfundene System der Bonner Republik noch der Dogmatismus marxistisch-leninistischer Parteien Moskau eine Option. So gründeten sich zahlreiche Gruppierungen, die in den verschiedenen Spielarten kommunistischer und teils auch anarchistischer Ideen ihre Variante einer unterdrückungs- und ausbeutungsfreien Gesellschaft suchten.



So genannte „K-Gruppen“ orientierten sich vorwiegend am Maoismus und traten manchmal sogar zu Wahlen an. Andere begeisterten sich für lateinamerikanische Revolutionäre vom Schlage eines Ernesto Rafael Guevara de la Serna, genannt Che Guevara (1928-1967), in Kuba oder der Tupamaros in Uruguay. In Anlehnung an diese propagierten sie den bewaffneten Kampf nach dem Konzept der „Stadtguerilla“. Methoden des Untergrundkampfes gegen Militärdiktaturen sollten auf westliche Industriemetropolen übertragen werden und den Umsturz auch ohne Basis in der Bevölkerung erzwingen. Die Strategie zielte darauf ab, den Staat durch Attentate auf seine Repräsentanten und Institutionen zu Überreaktionen zu provozieren, um dessen vermeintlich autoritäres und faschistisches Wesen zu demaskieren.

Zwei Brandsätze in Frankfurter Kaufhäusern setzten 1968 das Fanal eines Untergrundkampfes, der 1970 die so genannte „Baader-Meinhof-Bande“ hervorbrachte. Sie finanzierte sich mit Hilfe von Banküberfällen und beging unter dem Namen „Rote Armee Fraktion“ (RAF) eine Reihe von Anschlägen gegen deutsche und amerikanische Einrichtungen. Dabei kam es zu zahlreichen Toten. Nach Inhaftierung der Gründungsmitglieder versuchte eine zweite Generation sie u.a. durch Geiselnahmen freizupressen. Die Konfrontation gipfelte im „Deutschen Herbst“ 1977, in dem u.a. Generalbundesanwalt Siegfried Buch, der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank Jürgen Ponto und, nach der Befreiung des entführten Flugzeugs „Lands hut“, der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) sowie der des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Hanns-Martin Schleyer ermordet wurden. Infolge des gescheiterten Austauschs nahmen sich führende Köpfe der ersten RAF-Generation in der Haft das Leben.

In Berlin erhielt die RAF Unterstützung durch die nach dem Todestag Benno Ohnesorgs benannte „Bewegung 2. Juni“. Der Name sollte daran erinnern, „wer zuerst geschossen“ habe. Bei einem missglückten Entführungsversuch erschoss sie 1974 den Präsidenten des Berliner Kammergerichts Günter von Drenkmann. Im Austausch gegen den entführten Berliner CDU-Politiker Peter Lorenz konnte sie 1975 eine Reihe von Gesinnungsgenossen aus der Haft freipressen. Nach ihrer Auflösung 1980 ging ein Teil in der dritten Generation der RAF auf, die in den folgenden Jahren noch mit weiteren Bombenschlägen gegen US-Einrichtungen und Morden an führenden Repräsentanten aus Staat und Wirtschaft – u.a. Alfred Herrhausen 1989, Detlev Rohwedder 1991 – den bewaffneten Kampf fortführte. 1998 verkündeten sie das Ende des Projekts der „Stadtguerilla in Form der RAF“, ohne sich in irgendeiner Form von ihren Taten zu distanzieren. Insgesamt forderte ihr Terror in Deutschland 34 Todesopfer.



In Abgrenzung vom Konzept der RAF versuchten im etwa gleichen Zeitraum „Revolutionäre Zellen“ (RZ) den bewaffneten Kampf nicht aus dem Untergrund zu führen, sondern aus einem normalen Lebensumfeld heraus – quasi „nach Feierabend“. Nach dem Credo „schafft ein, zwei, drei, viele Revolutionäre Zellen“ agierten sie dezentral und in Kleingruppen unabhängig voneinander und unterschieden sich auch ideologisch. Eine international agierende Zelle war in Zusammenarbeit mit dem Terroristen Ilich Ramírez Sánchez, genannt Carlos (*1949), in Terrorakte wie den Überfall auf die OPEC-Konferenz 1975 und eine Flugzeugentführung nach Entebbe 1976 verwickelt. National agierende Zellen führten so genannte „Knieschuss-Attentate“ durch, u.a. auf den Leiter der Ausländerbehörde und einen Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht 1986 und 1987 in Berlin. Bis heute sind die Strukturen der RZ undurchsichtig.

Das Konzept der RZ wirkt insbesondere in der autonomen Szene bis heute nach. Es fand Nachahmer in der „militanten gruppe“ (mg), die zwischen 2001 und 2007 insgesamt 25 Anschläge auf Behörden und Firmen im Berliner und Magdeburger Raum verübte und dabei einen Sachschaden von knapp einer Million Euro anrichtete. Drei Mitglieder, die beim Versuch, einen Lastwagen der Bundeswehr in Brand zu setzen, auf frischer Tat ertappt wurden, sind vom Bundesgerichtshof u.a. wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu mehrjährigen

Haftstrafen verurteilt worden. Das Bundeskriminalamt hatte die mg zunächst sogar als terroristische Vereinigung eingestuft. 2009 gab sie ihre Auflösung bekannt, aber nicht das Ende ihrer Aktivitäten. Ganz offensichtlich auf ihren Spuren wandelten zwischenzeitlich die „Revolutionären Aktionszellen“ (RAZ), die von 2009 bis 2011 in Berlin fünf Anschläge im Stile der mg begingen.

3.3 Autonome

Das Ende des Linksterrorismus war und ist nicht das Ende des militanten Linksextremismus. Debatten über die Militanz der Aktionsformen bei politischen Protesten werden bis heute geführt. Parallel, aber in Abgrenzung zum Terrorismus, entstanden in den 1970er Jahren so genannte „Neue Soziale Bewegungen“ (NSB), die den von der APO eingeschlagenen Weg fortführten, politische Anliegen auch außerhalb der etablierten Institutionen kämpferisch zu vertreten. Ihre Motive reichten von Protesten gegen die Haftbedingungen der RAF-Gefangenen bis zum Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken und Endlagerstätten oder die Nachrüstung der NATO. Während Hunderttausende ihrem Protest in der Umwelt- und Friedensbewegung friedlich Ausdruck verliehen, kam es auch immer wieder zu teilweise schweren Ausschreitungen. Diese gipfelten im Tod zweier Polizisten, die im Rahmen von gewalttätigen Protesten gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens 1987 erschossen wurden. Bei dem Schusswaffengebrauch handelt es sich jedoch um eine bislang singuläre Tat.



Es entstanden neue subkulturelle Milieus, in denen alternative Lebensentwürfe und politischer Aktionismus eng miteinander verbunden waren. Teile davon entfremdeten sich auf Dauer vom politischen „System“. Seit den 1980er Jahren bestimmen vor allem so genannte „Autonome“ das Bild des (gewalttätigen) Linksextremismus in Deutschland. Wahrgenommen werden insbesondere ihre martialischen Auftritte als „Schwarzer Block“ bei Demonstrationen, in dessen Rückendeckung die Teilnehmer gewalttätige Angriffe auf die Polizei inszenieren. Ansonsten agiert die autonome Szene jedoch selten einheitlich und ist in unzählige Kleingruppen von etwa fünf bis fünfzig Personen zersplittert. In Cliquen oder „Zellen“ verüben sie zudem Farb-, Brand- und manchmal auch Sprengstoffanschläge und richten dabei teilweise hohen Sachschaden an. Oft begründen sie in anonymen Selbstbeichtigungsschreiben anschließend ihre Taten. Solche „klandestinen Aktionen“ lehnen sich an das Konzept der RZ an. Eine gezielte Tötung von Menschen wird von Autonomen dabei bisher abgelehnt.

Im Zentrum autonomer Politik stehen das Individuum und seine Selbstverwirklichung. Die Unterwerfung unter einen organisierten Willen lehnen Autonome ebenso ab, wie große lebensferne Theorieentwürfe. Daher können sie mit kommunistischen Kaderparteien oder dogmatischen K-Gruppen ebenso wenig anfangen wie mit etablierten Parteien. Sie sehen sich in einer anti-autoritären bis anarchistischen Tradition, einige bezeichnen sich als „libertär“.



Statt tiefgründige Debatten zu führen, stellen sie das Handeln in den Mittelpunkt. Ihr Leitprinzip ist die „Politik der ersten Person“, die auf Eigeninitiative setzt und eine „Stellvertreterpolitik“ ablehnt, die private und politische Sphären voneinander trennt. Ihr betont nonkonformistischer Lebensstil ist Teil ihrer Politik, die das „Anti“-Sein – nach dem Credo „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ – zum Programm erhebt. Der permanente militante Widerstand gegen alles, was subjektiv als Missstand empfunden wird – bei Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols –, ist konstituierendes Element der Autonomen als politische Bestrebung.

„Militanz ist in unseren Augen notwendiger Bestandteil linksradikaler Politik, sowohl im allgemeinen Sinn der konsequenten, kämpferischen Haltung an sich, als auch im engeren Sinn von politischer Gewalt.“⁷

Ihr erklärtes Ziel ist die Radikalisierung subkulturell verwandter und ideologisch nahestehender Milieus. Doch der dem Gedanken radikaler Autonomie immanente Subjektivismus macht es schwierig, gemeinsame Nenner für längerfristige Kooperationen in größeren personellen Zusammenhängen zu finden. Diese ergeben sich meist nur anlassbezogen im Rahmen von Kampagnen, für die temporär Bündnisse geschlossen werden. Für Berlin lassen sich im historischen Rückblick drei Strömungen unterscheiden: Die Hausbesetzer-Szene als Reaktion auf zunehmende Wohnraumspekulation (1980er Jahre), die „Antifa“ (1990er Jahre) in der Folge einer Welle fremdenfeindlicher Übergriffe sowie im Zuge einer zunehmend globalisierungskritischen Entwicklung im neuen Jahrtausend eine Ausrichtung, die sich als „postautonom“ charakterisieren lässt.

3.3.1 Häuser- bzw. „Anarcho“-Szene

In Berlin werden Autonome erstmals im Rahmen der Hausbesetzer-Bewegung Anfang der 1980er Jahre wahrnehmbar. Zu dieser Zeit wurden im damaligen West-Berlin als Reaktion auf zunehmende Wohnungsknappheit bei gleichzeitigem Leerstand innerhalb weniger Monate über 150 Häuser besetzt. Nicht allen Besetzern ging es darum, auf ein soziales Problem aufmerksam zu machen. Für einige war dies auch der Weg, „autonome Freiräume“ zu etablieren, um anti-autoritäre Gegenentwürfe zu den herrschenden Verhältnissen auszuleben und aus einer „Nicht-Verhandler“-Position heraus in die Konfrontation mit dem als repressiv empfundenen Staat zu treten. Dabei kam es nicht nur zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, sondern auch mit Bewohnern der betroffenen Kieze. Bei einer Demonstration am 22. September 1981 verunglückte der Hausbesetzer Klaus-Jürgen Rattay tödlich.⁸ Ein Teil der Häuser wurde nach langen Verhandlungen mit dem Berliner Senat legalisiert, der Rest nach und nach geräumt. Bis heute sind einige solcher vermeintlichen „Freiräume“ wie die Rigaer Straße 94 Ausgangspunkt und Rückzugsort von militanten Aktionen Autonomer.



Ein Initialereignis der autonomen Szene Berlins war der 1. Mai 1987. Ausgelöst durch die Durchsuchung eines Büros der Kampagne für den Volkszählungsboykott wurden Barrikaden errichtet, Autos angezündet, Geschäfte geplündert, Polizei und Feuerwehr mit Steinhageln eingedeckt, so dass diese sich vorübergehend aus Kreuzberg zurückziehen mussten. Das Be-

7 A.G. Grauwacke 2003: Aus den ersten 23 Jahren. Autonome in Bewegung. Verlag Assoziation A, S. 380 (Szenepublikation).

8 Klaus-Jürgen Rattay verunglückte im Rahmen von Protesten gegen eine Pressekonferenz des damaligen Innensenators Henrich Lummer vor einem zuvor geräumten Haus in der Bülowstraße tödlich. Bei einem Verkehrsunfall wurde er von einem anfahrenen BVG-Bus erfasst und mitgeschleift.

sondere war, dass sich an diesen Krawallen zahlreiche unpolitische Mitläufer beteiligten – für die Autonomen ein Erfolg im Sinne ur-anarchistischer Ideen. Seit diesem Tag veranstalten sie jährlich eine eigene Demonstration zum „Revolutionären Ersten Mai“.

Neben Hausbesetzungen und „Schwarzen Blöcken“ bei Demonstrationen entstand Anfang der 1990er Jahre mit Brandstiftungen an hochwertigen Fahrzeugen („Nobelkarossentod“) eine neue Aktionsform militanter Autonomen. Sie richtete sich vornehmlich gegen Stadtteilaufwertungen zugunsten Besserverdienender, wofür deren hochwertige Fahrzeuge symbolisch stehen sollten. Szeneintern wurde jedoch kritisiert, dass die Zielgerichtetheit und Vermittelbarkeit – zentrale Kriterien zur Begründung militanter Aktionen – durch teilweise wahllose „Hassbrennerei“ immer weniger Berücksichtigung fanden.

3.3.2 „Antifa“-Szene

In ihrer Geschichte haben die Autonomen eine Reihe von Organisations- und Militanzdebatten hinter sich, die sich – zumindest in Berlin – im Wesentlichen in einer Ausdifferenzierung von Häuser- bzw. „Anarcho“-Szene einerseits und der „Antifa“ andererseits ausdrücken. Autonome „Antifaschisten“ sind nicht weniger militant als „Anarchos“, sie sind aber stärker organisiert und weitreichender vernetzt. Ursächlich für ihre Entstehung waren eine Welle fremdenfeindlicher Gewalt und zunehmende Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien Anfang der 1990er Jahre. Um sich selbst und andere vor rechten Übergriffen zu schützen, Informationen auszutauschen und darüber hinaus gesamtgesellschaftlich gegen das Wiedererstarken faschistischer Ideologien zu wirken, suchten Autonome untereinander, aber auch über die eigene Klientel hinaus Bündnispartner.



Im Versuch, den „antifaschistischen Widerstand“ bundesweit zu organisieren, wurde 1992 die „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) gegründet. Ihr Logo hat sie ebenso von kommunistischen Vorbildern aus den 1920er und 1930er Jahren übernommen wie die so genannte „Dimitroff-These“, die davon ausgeht, dass die Wurzeln des Faschismus im Kapitalismus lägen. Nach sceneüblichen Quereilen wurde die AA/BO 2001 aufgelöst. Ihr Erbe ist der höhere Organisationsgrad und die größere Nähe zu kommunistischen Ideen bei der „Antifa“.

In vielen Stadtteilen Berlins existieren lokale „Antifa“-Gruppierungen, um ihren Kiez gegen Rechtsextremisten zu „verteidigen“. Größere Gruppen wie die inzwischen aufgelöste „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB), die sich aktuell neu orientierende „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB) und die „North East Antifascists“ (NEA) haben lange die dominierende Rolle in der autonomen Szene Berlins eingenommen. Sie verantworten u.a. die Veranstaltungen zur „Antikapitalistischen Walpurgisnacht“ und dem „Revolutionären Ersten Mai“ wie auch die jährliche Gedenkdemonstration zum Tode Silvio Meiers. Letztere ist das tragische Ergebnis einer sich gegenseitig aufschaukelnden Gewalt, die 1992 in Berlin zum Tod des „Rechten“ Gerhard Kaindl und des „Linken“ Silvio Meier führte.⁹ An den Tod von Kaindl schloss sich eine sceneinterne Debatte über die Legitimität der „Tötung von Faschisten“ an, die im Prinzip bis heute anhält.

⁹ Der Berliner Rechtsextremist Gerhard Kaindl wurde am 4. April 1992 bei einer Messerstecherei in einem Neuköllner Restaurant tödlich verletzt. Die türkisch- und kurdischstämmigen Täter gaben später an, dass sie beabsichtigten, Rechtsextremisten aus ihrem Kiez vertreiben zu wollen. Silvio Meier kam im Rahmen eines Überfalls von Rechtsextremisten auf dem U-Bahnhof Samariterstraße in Berlin-Friedrichshain am 21. November 1992 ums Leben. Er wurde durch mehrere Messerstiche getötet.

3.3.3 Postautonome

Eine der Leitfragen der Organisations- und Militanzdebatten in der autonomen Szene war und ist, wie man breitere gesellschaftliche Akzeptanz findet. Schon seit Beginn der 1990er Jahre wuchs die Kritik, die autonome Bewegung sei „theoriefeindlich, unorganisiert, planlos und unfähig, über rein szeninterne Großevent-Mobilisierungen hinaus irgendeine nachhaltige linke Politik auf die Beine zu stellen“.¹⁰ Im Schatten „Schwarzer Blöcke“ sind seitdem stetig wachsende postautonome Gruppierungen entstanden, die den Anspruch formulieren, die gesellschaftliche Isolation der Autonomen zu durchbrechen. Sie versuchen ein Scharnier zwischen gewaltbereiten Linksextremisten und gemäßigten Linken zu bilden. Das Präfix „Post“ steht dabei für die Infragestellung einiger grundlegender Merkmale, aber eben nicht für einen vollständigen Bruch mit dem Wesen „traditioneller“ Autonomen.

Postautonome zielen auf eine „Radikalisierung von innen“. Sie engagieren sich in Mieter- und Stadtteilinitiativen, Flüchtlingsprotesten, Blockaden von Naziaufmärschen und vor allem gegen Globalisierung. Dabei treten sie mal unter ihren Gruppennamen auf – wie „Für eine linke Strömung“ (F.e.l.S.) oder „AVANTI Projekt undogmatische Linke“ – oft aber auch anonym. Sie denken und handeln in personell größeren, regional weiterreichenden und thematisch vielfältigeren Kategorien als eher teilbereichsbewegte autonome Kiezgrüppchen. Eine bundesweite Organisationsform ist die „Interventionistische Linke“ (iL). Zu ihr gehören neben F.e.l.S. und Avanti Teile der ehemaligen ALB, die ein Verbindungsglied zu den Autonomen bilden.



Besonderen Aufschwung erlebt die postautonome Szene im Rahmen von Protesten gegen die globale Finanzkrise. Bei den von der iL federführend mitinitiierten Demonstrationen und Aktionstagen in Frankfurt am Main nahmen 2012 und 2013 bis zu 25 000 Menschen teil – von Autonomen über soziale Bewegungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen bis zu Parteien und Gewerkschaften. Als vermittelnde Instanz zwischen den zum Teil grundverschiedenen Akteuren zur Blockade des Bankenviertels dient dabei der interpretationsoffene Begriff des „zivilen Ungehorsams“. Vordergründig beteiligen sich Postautonome nicht an Randalen, allerdings distanzieren sie sich auch nicht eindeutig vom Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele.

3.3.4 Unterstützendes Umfeld

Das linksextremistische Spektrum ist in ein weit reichendes unterstützendes Umfeld eingebettet. Die Hilfestellungen Dritter reichen über logistische und publizistische bis hin zu finanzieller und rechtlicher Unterstützung. Die Übergänge ins nicht-extremistische Spektrum sind fließend. Viele Akteure versuchen bewusst, jeden Anschein verfassungsfeindlicher Aktivität zu vermeiden. Der Verfassungsschutz ist hier gehalten, zwischen den extremistischen und nicht-extremistischen Teilen dieses Spektrums sehr genau zu differenzieren. Gemäß seinem gesetzlichen Auftrag beobachtet er nur diejenigen Teile des unterstützenden Umfeldes, deren Bestrebungen sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten.

Wichtige logistische Faktoren sind einschlägige Szenelokale und Trefforte, aber auch Buchläden, in denen man – zum Teil unter der Ladentheke – Szenezeitschriften wie die „interim“ oder „radikal“ erhält. Diese enthalten nicht nur Selbstbeziehungsschreiben zu Anschlägen, sondern auch Anleitungen zum Bau von Brand- und Sprengsätzen. Eine große Bedeutung hat das Internet, da elektronische Medien leichter zu verbreiten sind, eine größere Reichweite haben und vor allem sehr zeitnah Informationen bereitstellen, die mitunter auch der

¹⁰ Artikel „Kleine Atempause“ in der Zeitschrift „arranca!“, Nr. 44 vom August 2011.

kurzfristigen Mobilisierung dienen. Durch einschlägige Internetportale, die ihren Ursprung insbesondere in den Protesten gegen die Welthandelskonferenz in Seattle 1999 haben, soll eine „Gegenöffentlichkeit“ zu den etablierten Medien geschaffen werden. Hier finden allerdings nicht nur linksextremistische Inhalte Verbreitung.



Darüber hinaus existieren Organisationen, die finanzielle oder rechtliche Unterstützung leisten. Beides erbringt seit 1975 der „Rote Hilfe e.V.“ in der Tradition eines gleichnamigen kommunistischen Vorläufers aus den 1920er und 1930er Jahren. Die „Rote Hilfe“ versteht sich als „linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“ für alle, die aufgrund ihrer politischen Betätigung in Deutschland verfolgt würden. Dazu gehören ihrer Ansicht nach vornehmlich politisch links motivierte Straftäter. Diese unterstützt sie im Strafverfahren und mit Geldbeträgen – Grundbedingung für diese Unterstützung ist jedoch, dass sie nicht mit Polizei und Justiz kooperieren. Das Ziel ist, die Aktivist*innen in der „Bewegung“ zu halten. Die „Rote Hilfe“ ist nach erheblichen Mitgliederzuwächsen in den letzten Jahren die mit Abstand größte linksextremistische Organisation der Stadt. Gleichwohl verfolgen nicht alle Mitglieder verfassungsfeindliche Ziele. Da sie jedoch alle Beiträge zahlen und zudem Spenden akquiriert werden, verfügt sie über erhebliche finanzielle Mittel.

4 Aktuelle Situation

Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung geht in Berlin nicht von orthodox-kommunistischen Parteien und Organisationen aus, sondern von undogmatischen militanten Linksextremisten. Diese treten zunehmend mit zwei Gesichtern auf: Einerseits als traditionelle Autonome mit ihren martialischen „Schwarzen Blöcken“ – im Volksmund oft als „Chaoten“ bezeichnet –, andererseits, und immer häufiger, als so genannte Postautonome, die vordergründig ziviler und moderater wirken. Während die „Anarcho“-Szene beharrlich beim ersten Weg bleibt, schwankt die „Antifa“ zwischen beiden Polen – und mit ihr die einflussreichsten autonomen Gruppierungen der Stadt. Hier stehen die Autonomen am Scheideweg.

Autonome grenzen sich – auch äußerlich erkennbar – offen von der Gesellschaft ab und suchen mit revolutionärem Habitus die Konfrontation mit dem Staat und seinen Repräsentanten. Postautonome halten sich – auch in ihrem Erscheinungsbild – gern unauffällig im Hintergrund und wirken eher als Anstoßgeber. Sie besetzen Themen, deuten sie staats- und kapitalismuskritisch um, organisieren Proteste und versuchen Dritte dazu zu bringen, militant zu agieren. Noch viel besser als Autonome verstehen sie es, sich als Opfer willkürlichen Staatshandelns zu gerieren, wenn scheinbar bürgerlich geprägte Versammlungen Polizeieinsätze erfordern.

Anlassbezogen vermischen sich beide Spektren. Postautonome Gruppierungen nehmen auch an traditionellen Großevents der Autonomen wie der „Antikapitalistischen Walpurgisnacht“ und dem „Revolutionären Ersten Mai“ teil. Autonome beteiligen sich mit Aktionen am Rande vermeintlich zivilgesellschaftlicher

Proteste, nicht nur bei Blockaden von rechtsextremistischen Aufmärschen, sondern auch bei der wachsenden Mobilisierung gegen das Finanzkapital, „im Kleinen“ beim Widerstand gegen Gentrifizierung und insbesondere Zwangsräumungen oder zuletzt bei der Unterstützung von Flüchtlingsprotesten.

Mehr noch als in der Anwendung von Gewalt liegt die eigentliche Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung darin, dass es einem modernisierten Linksextremismus gelingt, objektive soziale Problemlagen zu instrumentalisieren und legitimen gesellschaftlichen Protest damit letztlich zu diskreditieren.

4.1 Aktionspotenziale

Mit ihrer inzwischen Jahrzehnte währenden Geschichte, gefestigten Infrastrukturen und einem verlässlich unterstützenden Umfeld – gerade in Großstädten wie Berlin – verfügen die Autonomen über alle Voraussetzungen, um als politische Bestrebung dauerhaft aktiv zu bleiben. Dennoch gehen der demografische Wandel und gesellschaftspolitische Entwicklungen auch an ihnen nicht spurlos vorüber. Das mussten vor ihnen bereits kommunistische Parteien erleben, denen mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Wegfall der Unterstützung durch die DDR ihre Existenzgrundlage entzogen wurde. Sichtbar wird das an desaströsen Ergebnissen, die sie bei den letzten Wahlen in Berlin erreichen konnten. Ihre Mitgliederzahlen sind zudem nicht zuletzt aufgrund von Überalterung rückläufig.

Für einen „Abgesang“ auf die Autonomen ist es dagegen zu früh. Ihre Personenpotenziale sind bei leicht abnehmender Tendenz immer noch hoch. Bei großen Demonstrationen wie dem „Revolutionären Ersten Mai“ stiegen die Teilnehmerzahlen in den letzten Jahren deutlich an. Das zeigt, dass die von ihnen angesprochenen Themen gerade junge Menschen bewegen, auch wenn nur eine Minderheit der Demonstrationsteilnehmer ihre systemüberwindenden Ziele und militanten Aktionsformen teilen. Diese Entwicklung hat mit dazu beigetragen,

dass die Ausschreitungen bei solchen Veranstaltungen in den letzten Jahren zurückgegangen sind. Dennoch können situative Eskalationen auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.



Obwohl militante Massenproteste, wie sie die Stadt in der Vergangenheit des öfteren in Atem gehalten haben, zuletzt ausblieben, ist das Gewaltpotenzial der Autonomen ungebrochen. Besorgniserregend im Sinne der inneren Sicherheit sind insbesondere brutale Übergriffe von Kleingruppen oder Cliquen auf Polizeibeamte, bei denen die Täter erhebliche Personenschäden in Kauf nehmen. Mit klandestin geplanten Anschlägen werden außerdem hohe Sachschäden angerichtet und öffentliche Infrastrukturen beeinträchtigt, wie z.B. bei mehreren Brandanschlägen auf die Deutsche Bahn. Auch die aktuelle Befriedung des 1. Mai lässt nicht auf eine Befriedung der autonomen Szene schließen.

4.1.1 Wählerpotenzial

Bei den Wahlen zum ersten deutschen Bundestag im Jahr 1949 erhielt die KPD 5,7 Prozent der Wählerstimmen. 1953 fiel sie bereits auf 2,2 Prozent zurück und verpasste den Wiedereinzug ins Parlament. 1956 wurde sie verboten. Die daraufhin 1968 gegründete DKP erzielte ihre besten Ergebnisse Anfang der 1970er Jahre bei Landtagswahlen in Hamburg, Bremen und dem Saarland mit etwa zwei bis drei Prozent Stimmenanteilen. Später konnten kommunistische Parteien nie wieder an solche Ergebnisse anknüpfen. Weder die DKP noch die 1982

gegründete MLPD erreichten bei Europa-, Bundestags- oder Landtagswahlen die Grenze zur Wahlkampfkostenerstattung (0,5 bzw. 1,0 Prozent). Lediglich auf regionaler Ebene gelang ihnen vereinzelt der Einzug in Kommunalparlamente. In Berlin sind sie bedeutungslos.

Ergebnisse kommunistischer Parteien bei Wahlen in Berlin

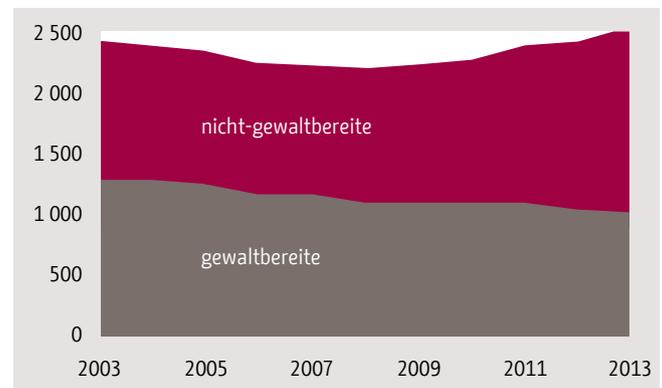
	DKP		MLPD	
	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl
2001 Abgeordnetenhaus	0,1	1 382	0,1	1 182
2002 Bundestag	-	-	-	-
2004 Europaparlament	0,3	2 903	-	-
2005 Bundestag	-	-	0,1	1 254
2006 Abgeordnetenhaus	-	-	-	-
2009 Europaparlament	0,2	1 971	-	-
2009 Bundestag	0,1	1 894	0,1	1 111
2011 Abgeordnetenhaus	0,2	3 618	-	-
2013 Bundestag	-	-	0,1	1 410
2014 Europaparlament	0,3	3 009	0,1	1 169

Die MLPD ist in Berlin kaum verankert und tritt daher nur selten zu Wahlen an. Ihre Stimmenanteile lagen im dargestellten Zeitraum bei einem Promille. Die Anzahl der hiesigen DKP-Wähler war etwas größer, blieb aber ebenfalls im unteren Promillebereich. Ein aktiver Wahlkampf dürfte nicht zuletzt wegen des Mitgliederschwunds und der ungünstigen Altersstruktur der Partei schwierig sein. Eine relevante Nachwuchsrekrutierung, etwa über die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), ist kaum feststellbar.

4.1.2 Personenpotenzial

Das Personenpotenzial des Berliner Linksextremismus ist in den letzten zehn Jahren zwischen 2 200 und 2 500 Personen in etwa konstant geblieben. Der Verfassungsschutz unterscheidet hier zwischen nicht-gewaltbereiten und gewaltbereiten Linksextremisten.

Personenpotenzial Linksextremismus in Berlin



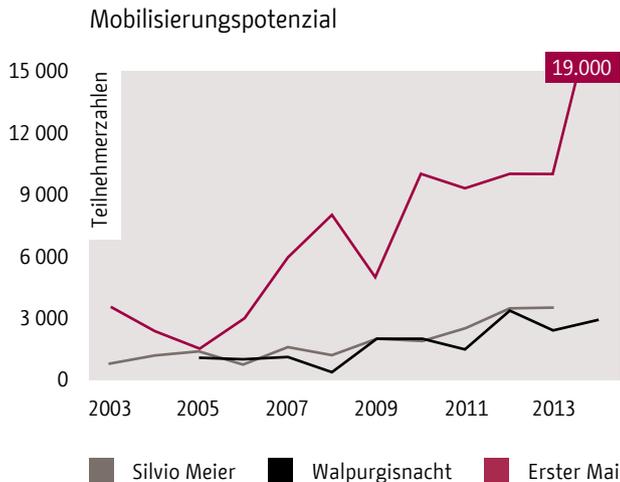
Das Potenzial nicht-gewaltbereiter Linksextremisten umfasst zum einen die Mitglieder kommunistischer Parteien und Organisationen der unterschiedlichen ideologischen Strömungen von Marxismus-Leninismus, Stalinismus, Maoismus bis Trotzismus sowie traditionelle anarchistische Gruppierungen. Zum anderen beinhaltet es die nicht selbst an Gewalt beteiligten Organisationen aus dem unterstützenden Umfeld der Autonomen, allen voran der „Rote Hilfe e.V.“. Während die Zahl organisierter Kommunisten und Anarchisten von etwa 800 auf 500 bis 600 rückläufig ist, hat die „Rote Hilfe“ ihre Mitgliederzahl von 300 ausgehend inzwischen mehr als verdreifacht.

Das Potenzial gewaltbereiter Linksextremisten, also jener, die entweder selbst Gewalt ausüben oder diese zumindest unterstützen, umfasst autonome und postautonome Gruppierungen. Deren Zahl schwankt zwischen 30 und 35 unterschiedlichen Personenzusammenschlüssen, die sich – insbesondere bei den „Antifas“ – oft ebenso schnell wieder auflösen, wie sie sich gegründet haben. Ihr Potenzial ist von knapp 1 300 auf etwas über 1 000 Personen kontinuierlich gesunken. Hier spiegelt sich auch ein demografischer Effekt wider, denn gerade Autonome sind ein jugendtypisches Phänomen, deren Anhängerschaft sich vornehmlich aus der Altersgruppe zwischen 15 und 25 Jahren zusammensetzt. Unter den gewaltbereiten Linksextremisten dürfte der Anteil der durchschnittlich etwas

lebensälteren Postautonomen, der zuletzt bei gerade einem Fünftel lag, weiter ansteigen.

4.1.3 Mobilisierungspotenzial

Das Mobilisierungspotenzial von Linksextremisten reicht weit über ihr ureigenstes Personenpotenzial hinaus. Bei Demonstrationen sprechen sie Themen an, die nicht nur Linksextremisten bewegen. Je nach Aktualität und Virulenz eines Themas können sie vor allem in subkulturell verwandten und ideologisch nahestehenden Milieus ein Vielfaches ihres eigenen Personenpotenzials zur Teilnahme mobilisieren. Insbesondere die in „Schwarzen Blöcken“ auftretenden traditionellen Autonomen erhoffen sich, bei solchen Anlässen größere Menschenmengen aufzueigeln und zu militanten Aktionen anstiften zu können.



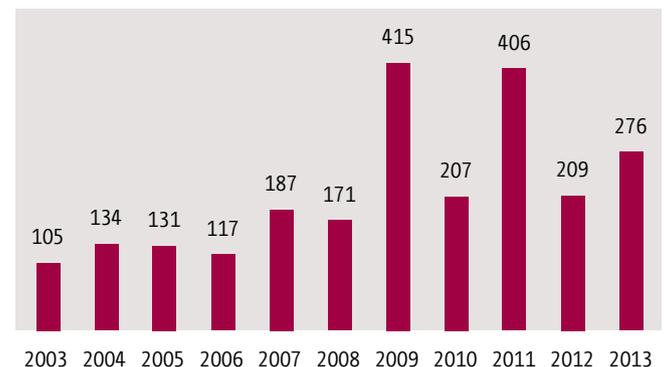
Der Vergleich der Entwicklungen von Personen- und Mobilisierungspotenzial offenbart, dass beide Größen nur bedingt miteinander zusammenhängen. Trotz zunehmender „Nachwuchssorgen“ gelingt es Autonomen mit der Besetzung des „richtigen“ Themas (z.B. Finanzkrise, Gentrifizierung oder NSU-Morde) über die eigene Szene hinaus politisch Interessierte und Engagierte zur Teilnahme an ihren Demonstrationen zu bewegen. Allerdings vermögen sie kaum, „Massen“ zu radika-

lisieren. Nicht zuletzt durch ein differenziertes Polizeikonzept von Kommunikation und Konsequenz ist – mit situativ bedingten Ausnahmen – ein Rückgang der Gewalt bei den genannten Großveranstaltungen festzustellen. Sie sind tendenziell größer, aber weniger militant als in früheren Jahren. Vor allem in der „Anarcho“-Szene wird dies mit Enttäuschung zur Kenntnis genommen.

4.1.4 Gewaltpotenzial

Das linksextremistische Gewaltpotenzial offenbart sich nicht ausschließlich, aber zu erheblichen Teilen in Ausschreitungen bei Großveranstaltungen. Mehr als die Hälfte aller politisch links motivierten Straftaten werden im Zusammenhang mit Demonstrationen begangen. Allerdings sind die bei solchen Anlässen, z.B. in der Walpurgisnacht und am 1. Mai, festgestellten Straftäter nur selten aufgrund von politisch motivierten Delikten amtsbekannt, sondern, wenn überhaupt, dann überwiegend in Zusammenhang mit Allgemeinkriminalität. Sie sind oft eher als aufgewiegelte Mitläufer denn als politische Aktivisten einzustufen, deren politisches Ziel ein Umsturz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist. Politisch motivierte Straftaten im Sinne der Polizeilichen Kriminalstatistik besitzen also nicht in jedem Fall einen verfassungsfeindlichen Hintergrund.

Politisch links motivierte Gewalttaten in Berlin



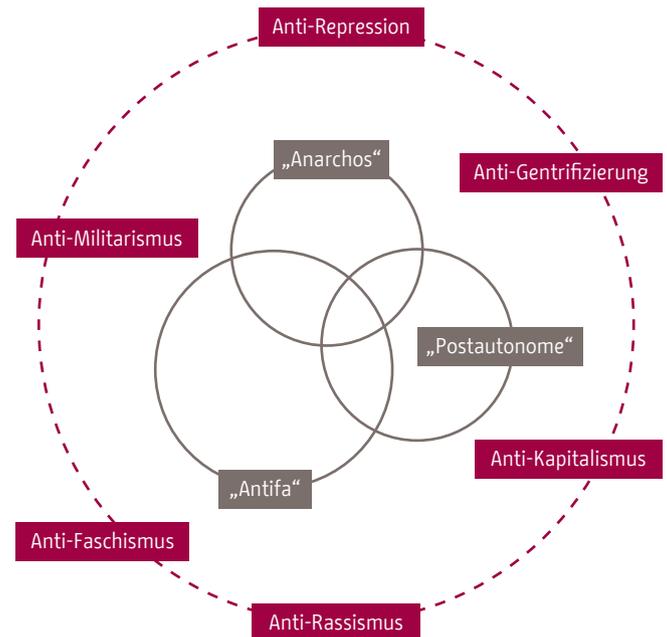
Vor diesem Hintergrund sind sowohl die abgebildete Tendenz zur Zunahme linker Gewalttaten wie auch die besonderen Ausschläge nach oben differenziert zu bewerten. Die Tendenz rührt mindestens teilweise aus der – wie in Kapitel 4.1.3 festgestellt – zunehmenden Mobilisierungsfähigkeit Autonomer und den damit einhergehenden typischen Demonstrationsdelikten wie Landfriedensbrüchen und Widerstandsdelikten. Weil die gewaltbereiten Teile der Szene bei den Großveranstaltungen aber immer weniger zum Zuge kommen, ist in den letzten Jahren eine Zunahme von – im Geheimen geplanten und vor allem nächtlichen – Kleingruppenaktionen zu beobachten, z.B. in Form von Brandanschlägen. Die statistischen Ausschläge nach oben hängen primär mit singulären Eskalationen von Gewalt am 1. Mai 2009 und nach der Räumung eines ehemals besetzten Hauses in der Liebigstraße in Friedrichshain 2011 zusammen. 2013 war wiederum ein Anstieg von Links-Rechts-Auseinandersetzungen rund um ein Flüchtlingsheim in Hellersdorf zu verzeichnen. Neben den quantitativen Entwicklungen fällt vor allem eine stark abnehmende Hemmschwelle gegenüber Leib und Leben von vermeintlichen und tatsächlichen politischen Gegnern sowie Repräsentanten des Staates (hier insbesondere der Polizei) ins Auge. Allein seit 2011 wurde in fünf Fällen wegen versuchten Mordes zum Nachteil von Polizisten ermittelt.

4.2 Aktionspektren

Linksextremisten sind realistisch genug zu erkennen, dass ihre Chancen, den „revolutionären Umsturz der Verhältnisse“ auf parlamentarischem Weg zu erreichen, gering sind. Ihre Strategie zielt stattdessen darauf ab, Themenfelder zu besetzen, die vermeintlich eine breite gesellschaftliche Anschlussfähigkeit besitzen, weil zu diesen bereits eine kritische Öffentlichkeit existiert. Das Ziel ist, genau diesen Personenkreis für eigene Zwecke zu instrumentalisieren und zu radikalisieren. Die Themen sind variabel und „konjunkturellen“ Schwankungen ausgesetzt. Sie lassen sich durchweg in Negationen wie Anti-Kapitalismus, Anti-Militarismus, Anti-Faschismus, Anti-Repression, Anti-Gentrifizierung oder Anti-Rassismus formulieren.

In fast allen diesen Feldern engagieren sich sowohl bürgerliche als auch subkulturell geprägte, ideologisch links orientierte Protestbewegungen, die mit Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu Großdemonstrationen ihrer Kritik überwiegend friedlich Ausdruck verleihen. Militante Linksextremisten unterscheiden sich von diesen durch die Mittel, mit denen sie vermeintliche oder tatsächliche Missstände bekämpfen – insbesondere durch die Anwendung von Gewalt –, und die politischen Ziele, die sie dabei verfolgen. Vor allem präsentieren sie andere Diagnosen für die Ursachen der Probleme, indem sie an den Fundamenten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ansetzen und als Lösung eine Überwindung derselben anstreben. Den anderen Beteiligten und erst recht Außenstehenden erschließt sich das nicht offensichtlich, denn es gehört zur Strategie, fließende Übergänge zum zivilen Protest zu schaffen.

Der Verfassungsschutz muss innerhalb der in solchen Themenspektren aktiven Organisationen und Gruppierungen extremistische von nicht-extremistischen Akteuren unterscheiden. Im



Folgenden soll daher im jeweiligen thematischen Zusammenhang erläutert werden, wo und wie in diesen Kontexten eine Trennlinie zu legitimer Gesellschaftskritik überschritten wird.

4.2.1 Anti-Kapitalismus

Der Anti-Kapitalismus ist das Urthema von Linksextremisten. In ihrem Kampf gegen das „kapitalistische System“ streben sie jedoch nicht nur die Überwindung der marktwirtschaftlichen Ordnung an, sondern auch die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie. Gemäß Marxscher Theorie werden mit den Produktionsverhältnissen (Basis) auch die Herrschaftsverhältnisse (Überbau) überwunden. Im Kapitalismus sehen Linksextremisten u.a. die Ursache für Kriege (Leninsche Imperialismustheorie) und Faschismus (Dimitroffsche Faschismusthese). „Anarchos“ machen das „Schweinesystem“ verantwortlich für vermeintliche staatliche Kontrolle und Repression sowie die Verdrängung aus „Freiräumen“.

Eine Art Renaissance erlebt der klassische Anti-Kapitalismus und mit ihm die Marxsche Kapitalismusanalyse durch weltweite Wirtschafts- und Finanzkrisen am Beginn des neuen Jahrtausends. Viele Menschen fühlen sich zudem dem ökonomischen, politischen, sozialen und auch kulturellen Veränderungsdruck einer „entfesselten“ Globalisierung nicht gewachsen. In per se nicht-extremistischen, aber globalisierungskritischen Bewegungen erhoffen Linksextremisten daher Bündnispartner für ihre systemüberwindenden Ziele zu finden. Seit Seattle 1999 kam es bei internationalen Konsultationen wie Gipfeltreffen von Vertretern führender Industriestaaten (G 8), der Welthandelsorganisation (WTO) oder des Internationalen Währungsfonds (IWF) immer wieder zu Massenprotesten und auch gewalttätigen Ausschreitungen. Autonome nutzen die Situation zu militanten Aktionen und erhoffen dadurch weltweite Aufmerksamkeit.



In Deutschland führten vor allem Aktionen gegen den G 8-Gipfel 2007 in Heiligendamm zu einer solchen Beachtung. Zuletzt konnten die von postautonomen Gruppierungen initiierten Blockaden des Bankenviertels in der Finanzmetropole Frankfurt am Main mehrere zehntausend Menschen mobilisieren. Dabei setzen sie stärker auf die Strategie des „zivilen Ungehorsams“ als auf aggressive Militanz. In Berlin waren bereits die Proteste gegen die Tagung von IWF und Weltbank 1988 von eher unkonventionellen Protestformen geprägt. In den letzten Jahren standen auch die Demonstrationen zum „Revolutionären Ersten Mai“ im Zeichen anti-kapitalistischer Leitthemen, mit denen die Veranstalter ihre bislang höchsten Teilnehmerzahlen erzielen konnten. All das zeigt, dass dieses Urthema von Linksextremisten nach wie vor aktuell ist.

4.2.2 Anti-Militarismus

Lenin fügte der Marxschen Kapitalismuskritik die Theorie des Imperialismus als letzter Entwicklungsstufe des Kapitalismus hinzu, in der dieser zu militärischen Mitteln greifen müsse, um Märkte zu behaupten oder neue Märkte zu erschließen. Friedenszeiten würden nur noch zu Atempausen zwischen Kriegen. In dieser Logik wird die – wie auch immer betriebene – Überwindung des dem Imperialismus vermeintlich zugrunde liegenden kapitalistischen Systems letztlich zu einem friedensstiftenden Akt. Linksextremistischer Anti-Militarismus geht also weit über einen moralisch begründeten Pazifismus hinaus und ist auch in der Wahl seiner Mittel alles andere als gewaltlos. Der Imperialismustheorie zufolge ist die Bundeswehr ein Instrument zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik, die Zerstörung vermeintlichen Kriegsgeräts demnach friedensstiftend.

Why not?



Durch zunehmende „out-of-area“-Einsätze der Bundeswehr ist das Thema Anti-Militarismus in den letzten Jahren wieder stärker in den Fokus linksextremistischer Agitation gerückt. In diesem Begründungszusammenhang werden militante Kampagnen initiiert, die sich gegen die Bundeswehr, die Rüstungsindustrie und insbesondere auch Unternehmen richten, die im Bereich einer „zivil-militärischen Zusammenarbeit“ logistisch unterstützend tätig sind – vor allem Deutsche Post und Deutsche Bahn. Das Aktionsspektrum reicht von Großdemonstrationen, beispielsweise gegen die Münchener Sicherheitskonferenz (SIKO), über Störungen von Veranstaltungen, wie dem Gelöbnis der Bundeswehrrekruten am 20. Juli in Berlin, bis hin zu Anschlägen auf Fahrzeuge und Gebäude. In Berlin sind aktuell vor allem Brandanschläge auf Firmenfahrzeuge der Deutschen Post und ihrer Tochterunternehmen zu verzeichnen. Besonders folgenreich waren mehrere Brandanschläge auf das Nahverkehrsnetz der Deutschen Bahn zum 10. Jahrestag des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr 2011, die das öffentliche Leben in der Stadt erheblich beeinträchtigten.

Bei pazifistisch geprägten Akteuren der Friedensbewegung finden solche Aktionsformen wenig Anklang. Versuche ihrer Instrumentalisierung durch gewaltbereite Linksextremisten waren in der Vergangenheit wenig erfolgreich.

4.2.3 Anti-Faschismus

Auch die Wurzeln des Faschismus liegen nach linksextremistischem Verständnis im Kapitalismus. Diese Sichtweise wurde maßgeblich durch den Bulgaren Georgi Dimitroff (1882-1949) im Hauptreferat auf einem Kongress der Komintern 1935 geprägt. Die nach ihm benannte These behauptet, dass Faschismus „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ sei. In diesem Sinne wären alle kapitalistischen Systeme potenziell faschistisch.

Spätestens mit einer im Zuge der deutschen Wiedervereinigung aufkeimenden Fremdenfeindlichkeit wurde diese These wieder aktuell. Besonders in der Bekämpfung des Rechtsextremismus existiert ein breiter gesellschaftlicher Konsens, den autonome „Antifa“-Gruppierungen zu teils überregionalen Bündnissen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Parteien und Gewerkschaften nutzen, um aus ihrer gesellschaftlichen Isolation herauszutreten. Sie vereinbaren einen „Aktionskonsens“ und organisieren gemeinsame Blockaden gegen rechte Aufmärsche. Dadurch gerät oftmals in den Hintergrund, dass diese Gruppen ebenso wie Rechtsextremisten die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen. Ihre Bündnispartner nutzen sie als „Deckmantel“ für militante Aktionen gegen Rechtsextremisten – und die Polizei.



Nicht zuletzt die mit der Mordserie des NSU verbundene Kritik an den Sicherheitsbehörden wird zu einer pauschalen Verunglimpfung des Staates und der Unterstellung eines vermeintlich „institutionell verankerten Rassismus“ benutzt. Umso

mehr sei eine „antifaschistische Selbsthilfe“ vonnöten – häufig unter Missachtung des staatlichen Gewaltmonopols. Dabei begehen „Antifas“ Sachbeschädigungen an „rechten“ Läden und Lokalen, stören Veranstaltungen, spähen Daten vermeintlicher oder tatsächlicher Neonazis aus und veröffentlichen diese mit dem Ziel der Einschüchterung bis hin zu gewalttätigen Angriffen – im Szenejargon als „Outings“ bezeichnet. In Berlin kommt es immer wieder zu zum Teil brutalen körperlichen Übergriffen Vermummter auf bekannte Rechtsextremisten, bisweilen auch zu Brandanschlägen auf deren Pkw. Seit dem Fall Kaindl 1992 gab es dabei aber glücklicherweise keinen weiteren Todesfall.

4.2.4 Anti-Repression

Der Kampf gegen vermeintliche staatliche Kontrolle und Repression ist konstitutiv für das Selbstverständnis von Autonomen und zugleich Ausdruck ihrer ideologischen Verwurzelung im Anarchismus. Die damit verbundene Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols ist das zentrale verbindende Element innerhalb der in Kleingruppen zersplitterten Szene. Repression bezeichnet in ihrem Verständnis alle Institutionen, die der Aufrechterhaltung von innerer Sicherheit und öffentlicher Ordnung dienen, insbesondere Gefängnisse. Staatliche Repräsentanten aus Polizei und Justiz nehmen sie als Vertreter eines „Repressionsapparates“ wahr, der nur dazu existiere, das „herrschende System“ in seinem Bestehen zu sichern.



Als Reizthema hat Repression seinen Ursprung in Protesten gegen die Notstandsgesetze von 1968 und der Kritik an den Haftbedingungen der RAF-Angehörigen. Erweiterte Sicherheitsgesetze nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sorgten für neue Aktualität. Neben der Solidarität für die eigenen „politischen Gefangenen“ wird auch immer wie-

der versucht, das Umfeld von eher unpolitischen Personen, die bei Polizeieinsätzen zu Schaden kamen, zu politisieren. Bei Demonstrationen suchen vor allem „Anarchos“ die Auseinandersetzung mit der Polizei, um den vermeintlich gewalttätigen „Repressionsapparat“ zu entlarven. Mit Plakaten wie „Hass auf Schweine“ und Parolen wie „Ganz Berlin hasst die Polizei!“ sollen andere Teilnehmer aufgewiegelt und zu Straftaten angestiftet werden.

In diesem Zusammenhang wichtige Demonstrationen finden traditionell an Silvester („Silvester zum Knast“) und zum „Tag des politischen Gefangenen“ am 18. März statt. Als besonders problematisch erweisen sich die seit 2009 durchgeführten Veranstaltungen gegen den „Europäischen Polizeikongress“. Die Hemmschwelle bei der Gewalt gegen Polizisten sinkt besorgniserregend. 2011 wurde ein Brandanschlag auf eine Polizeiwache in Kreuzberg verübt, bei der eine Reinigungskraft zeitweise vom Feuer eingeschlossen wurde. 2012 hat man Polizisten bei einem Einsatz in der Rigaer Straße 94 in Friedrichshain gezielt mit Eisenstangen gegen den ungeschützten Kopf gestoßen. Im selben Jahr wurde wiederum in Kreuzberg ein Brandsatz in ein besetztes Polizeifahrzeug geworfen. 2013 entging eine Beamtin bei einer ähnlichen Attacke nur knapp einer Inbrandsetzung. Im Juni 2014 wurden Polizisten an zwei aufeinander folgenden Abenden unter einem Vorwand in die Rigaer Straße gelockt und unvermittelt angegriffen. Im Nachgang wurden Steinlager auf den Dächern entdeckt, von denen aus die Einsatzkräfte wohl auch beworfen worden sind. Es ist allein glücklichen Umständen zu verdanken, dass bei solchen Aktionen bisher kein Mensch zu Tode kam.

4.2.5 Anti-Gentrifizierung

Der Kampf gegen städtebauliche Umstrukturierungen zur Aufwertung von Kiezen – „Gentrifizierung“ genannt – ist ebenso wie der Widerstand gegen vermeintliche Repression eng mit der Genese der Autonomen als politischer Bestrebung verbunden. Im Gegensatz zu vielen Stadtteil- und Mieterinitiativen

geht es ihnen jedoch nicht allein um den Erhalt sozial- und wohnräumlich gewachsener Strukturen, sondern um die Etablierung so genannter „autonomer Freiräume“, die dem Zugriff des Staates entzogen bleiben und in denen rechtsstaatliche Normen außer Kraft gesetzt sind.

Als „Freiraum“ deklarierte Gebiete oder Gebäude werden gegen rechtmäßige Räumungen gewaltsam „verteidigt“ und noch nach erfolgten Sanierungen immer wieder angegriffen. Nicht selten mündet dies in schweren Sachbeschädigungen und mehr oder weniger spontanen Landfriedensbrüchen. Auch Neumieter und Eigentümer sowie ihre vermeintlichen „Erfüllungsgehilfen“ in Senatsverwaltungen, Polizei und Justiz sowie selbst Einrichtungen des Quartiersmanagements geraten in den Fokus ihrer Aktionen. Dabei entstehende Drohkulissen sind gewollt und zielen auf Machtausübung in Teilen des öffentlichen Raums.

Wie schon zu Zeiten der Hausbesetzer-Bewegung ist der Widerstand gegen Verdrängungsprozesse jedoch nicht zwangsläufig mit einer Fundamentalopposition gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verbunden. Und so kommt es gerade beim Widerstand gegen sogenannte Luxusmodernisierungen, Mieterhöhungen und Zwangsräumungen zu einer Vermischung verschiedenster Spektren. Labels wie „Wir bleiben alle!“ werden längst nicht mehr nur von Linksextremisten genutzt.



Bei keinem Thema ist die autonome Szene in ihrem Versuch, gesellschaftliche Proteste zu instrumentalisieren, erfolgreicher. Aus diesem Grund spielt Gentrifizierung bei den traditionellen Szene-Events zur Walpurgisnacht und zum 1. Mai eine zunehmende Rolle und trägt zu steigenden Teilnehmerzahlen bei. Allerdings steht es auch für schwere Ausschreitungen wie nach der Räumung der Liebigstraße 14 Anfang 2011 oder bei einer Zwangsräumung in der Lausitzer Straße Anfang 2013.

4.2.6 Anti-Rassismus

Ganz ähnlich wie beim vordergründigen Kampf gegen Gentrifizierung verhält es sich beim Thema Anti-Rassismus. Hier geht es nicht allein um einen sich in fremdenfeindlichen Vorfällen offenbarenden „Alltagsrassismus“ oder um institutionelle Benachteiligungen von Zuwanderern. Eine Reihe humanitärer Organisationen und anti-rassistischer Initiativen setzt sich für eine Verbesserung der sozialen, politischen und rechtlichen Lage von Migrant*innen ein, ohne verfassungsfeindliche Ziele zu verfolgen. Linksextremisten überspitzen deren Kritik an bestehenden Gesetzen und am Handeln von Ausländerbehörden, Polizei und Gerichten zum Vorwurf eines „systemimmanenten“ Rassismus. Staatliche Akteure werden auf eine Stufe mit Rechtsextremisten gestellt und damit Forderungen nach Abschaffung des politischen Systems legitimiert.

Besonders exemplarisch für diese Strategie sind die Flüchtlingsproteste, die im Suizid eines iranischen Asylbewerbers in Würzburg Anfang 2012 ihren Ausgangspunkt hatten. Im Zuge des sogenannten „Refugee Protest March“ von Süddeutschland nach Berlin entstanden in verschiedenen deutschen Städten Protestcamps als bewusster Verstoß gegen die umstrittene Residenzpflicht und eine Unterbringung in Sammelunterkünften, die sie als „Lager“ bezeichnen. Die so entstandenen Infrastrukturen entwickelten sich rasch zu symbolischen Orten, die von einem äußerst heterogenen Unterstützerkreis getragen wurden, darunter auch Linksextremisten, denen es gelang, die Anliegen der Flüchtlinge sukzessive zu vereinnahmen und den Protest zu radikalisieren.



Vielfältige Protestaktionen – insbesondere mit Bezug zu einem zeitweiligen Zeltlager am Kreuzberger Oranienplatz sowie einer besetzten Schule in Kreuzberg – gingen von diesem Mischspektrum aus. Dazu gehörten friedliche Großdemonstrationen ebenso wie gewalttätig verlaufene Spontanaufzüge und Versuche, Abschiebungen zu verhindern. Eine Reihe von militanten Aktionen gegen Polizeiabschnitte, Amtsgerichte, die Ausländerbehörde, die Senatsinnenverwaltung und verschiedene Parteibüros gehen primär auf das Konto von Autonomen. Postautonome treten dagegen eher als Moderatoren des Protests auf und versuchen durch eine breite Bündnispolitik die gesellschaftliche Basis des Widerstandes auszudehnen – nicht zuletzt, um dabei Bereitschaft zu militantem Handeln zu schüren. Eskalationen bei polizeilichem Einschreiten – womöglich zum Nachteil der Flüchtlinge selbst – spielt ihnen letztlich in die Hände. Auch wenn sich die Aktionsfelder unterscheiden – die strategischen Muster ähneln sich.

5 Fazit

Der Blick in die Geschichte zeigt, dass der Begriff Linksextremismus – der zu jener Zeit noch gar nicht existieren konnte – seinen Ursprung in zentralen Ideen der europäischen Aufklärung hat. Kommunismus und Anarchismus verabsolutieren die Werte Freiheit und Gleichheit jedoch in einer Weise, die sie in ihr Gegenteil verkehrt. Attentate von Anarchisten auf Staatsoberhäupter bewirkten keinen Aufstand der Massen und Millionen Opfer des totalitären Sozialismus führten dazu, dass kommunistische Ideale kaum mehr Zugwirkung entfalten. Ihre verbleibenden Anhänger bemühen sich hierzulande vergeblich um Wählerstimmen. Auch dem Terror der RAF gelang es nicht, die freiheitliche demokratische Grundordnung als vermeintlich autoritär und faschistisch zu desavouieren.

Wenn heutzutage von Linksextremismus die Rede ist, dann fällt meist im gleichen Atemzug der Begriff „Autonome“. Sie versuchen einen selbstermächtigenden Lebensstil, der zugleich politisches Programm ist, mit Gewalt durchzusetzen. Ihr Kampf um „Freiräume“ begann mit Hausbesetzungen. Ihr „antifaschistisches“ Engagement ist in Wirklichkeit ein Kampf gegen das „System“. Ihre permanente „Anti“-Haltung verschleiern sie immer wieder geschickt als Kritik an sozialen Missständen. Postautonomen sieht man ihr „Autonom-Sein“ nicht einmal mehr an, so dass sie bis weit in die Zivilgesellschaft und bürgerliche Spektren hinein anschlussfähig sind.

Das heißt, dass auch Autonome – die in vielen Köpfen oft nur als randalierender „Schwarzer Block“ präsent sind – sich wandeln. Mit Themen, die insbesondere junge Menschen bewegen, zuletzt vor allem städtebauliche Umstrukturierungen und die Situation von Flüchtlingen, erzielen sie beachtliche Mobilisierungserfolge. Am „Revolutionären Ersten Mai“ 2014 nahmen 19 000 Menschen teil. Bei all dem sollte jedoch nicht vergessen werden, dass dessen Organisatoren eine andere Gesellschaftsordnung anstreben, in der eine parlamentarische Demokratie keinen Platz hat. Und auch wenn der 1. Mai immer öfter friedlich bleibt, gibt es weiterhin linksextremistische Gewalt. Sie nimmt in der Tendenz der letzten zehn Jahre sowohl quantitativ wie auch qualitativ sogar zu. Mehrere versuchte Morde an Polizisten sind Ausdruck davon. Aus all diesen Gründen muss der Verfassungsschutz linksextremistische Bestrebungen nach wie vor intensiv beobachten.

Bildernachweis

Titel	Senatsverwaltung für Inneres und Sport	S. 43	Abbildung auf einer Internetseite mit linkstremistischen Inhalten
S. 3	Senatsverwaltung für Inneres und Sport		
S. 12	picture alliance, akg-images	S. 51	Abbildung auf einer Internetseite mit linkstremistischen Inhalten
S. 13	picture alliance, maxppp		
S. 14	picture alliance, Mary Evans Picture Library	S. 52	Abbildung auf einer Internetseite mit linkstremistischen Inhalten
S. 15	picture alliance, akg-images		
S. 17	picture alliance, akg-images	S. 53	Abbildung auf einer Internetseite mit linkstremistischen Inhalten
S. 18	picture alliance		
S. 19	picture alliance	S. 54	Landeskriminalamt Berlin
S. 21	picture alliance, Austrian Achives (S)	S. 56	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
S. 23	picture alliance, lcc	S. 58	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
S. 25	picture alliance, Klaus-Dietmar Gabbert		
S. 26	Logo DKP		
S. 27	Logo MLPD		
S. 28	picture alliance, Wolfgang Weihs		
S. 29	picture alliance, Prensa Latina		
S. 31	picture alliance		
S. 32	picture alliance		
S. 33	picture alliance, Jan Woitas		
S. 35	Anarchie-Symbol		
S. 37	Antifa-Symbol		
S. 38	Abbildung auf einer Internetseite mit linkstremistischen Inhalten		
S. 40	Abbildung auf einer Internetseite mit linkstremistischen Inhalten		

Publikationen des Verfassungsschutzes Berlin

Aktueller Verfassungsschutzbericht

Verfassungsschutzbericht 2013

1. Auflage Berlin 2014. 214 Seiten.



Reihe Im Fokus

Rechte Gewalt in Berlin 2003 - 2012

1. Auflage Berlin 2014. 68 Seiten.



Zerrbilder von Islam und Demokratie

1. Auflage Berlin 2011. 128 Seiten.



Scientology – Eine kritische Bestandsaufnahme

1. Auflage Berlin 2011. 83 Seiten.



Linke Gewalt in Berlin

1. Auflage Berlin 2009. 84 Seiten.



Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlins

2. Auflage Berlin 2006
(nur im Internet abrufbar). 56 Seiten.



Islamismus. Diskussion eines vielschichtigen Phänomens

2. Auflage Berlin 2006
(nur im Internet abrufbar). 116 Seiten.



Rechtsextremistische Skinheads

1. Auflage Berlin 2003
(nur im Internet abrufbar). 86 Seiten.

Reihe Info

Rechtsextremismus in Berlin

2. Auflage, Berlin 2014. 58 Seiten.



Rechtsextremistische Musik

3. überarbeitete Auflage Berlin 2012.
58 Seiten.



Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus

7. überarbeitete Auflage Berlin 2011.
38 Seiten.



Islamismus

2. überarbeitete Auflage Berlin 2006.
42 Seiten.



Sonstiges

Islamismus: Prävention und Deradikalisierung (DVD)

1. Auflage Berlin 2011. 59 min.



Verfassungsschutz – Nehmen Sie uns unter die Lupe

1. Auflage Berlin 2002. 19 Seiten.



**Herausgeber: Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz**

Klosterstr. 47, 10179 Berlin
Telefon 030 90129 – 440
Fax 030 90129 – 844
www.verfassungsschutz-berlin.de
info@verfassungsschutz-berlin.de

Auflage: 1. Auflage
Redaktionsschluss: Oktober 2014

Abdruck gegen Quellenangabe gestattet,
Belegexemplar erbeten.

Diese Druckschrift wird von der Öffentlichkeitsarbeit der Abteilung Verfassungsschutz der Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin herausgegeben. Sie darf nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Abteilung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen von Parteien wie auch jede sonstige Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist untersagt. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder weiterzugeben.

DER VERFASSUNGSSCHUTZ DIENT
DEM SCHUTZ DER FREIHEITLICHEN
DEMOKRATISCHEN GRUNDORDNUNG,
DES BESTANDES UND DER SICHERHEIT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND IHRER LÄNDER.

Senatsverwaltung
für Inneres und Sport

be  **Berlin**

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz
Klosterstraße 47, 10179 Berlin
Telefon 030 90129 – 440
www.verfassungsschutz-berlin.de
info@verfassungsschutz-berlin.de